

„Die Erinnerungsstätte und Gustav W. Heinemann. Gustav W. Heinemann und Rastatt. Zur Entstehung und Gründung der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ (aus: Katalog der ständigen Ausstellung, S. 12-17)

von Eberhard Jäckel

Die Eröffnung der Erinnerungsstätte am 26. Juni 1974 war eine der letzten Amtshandlungen von Bundespräsident Gustav W. Heinemann. Fünf Tage später, am 1. Juli, verabschiedete er sich vor dem Bundestag und dem Bundesrat in Bonn aus dem Amt des Staatsoberhauptes, in das er am 5. März 1969 von der Bundesversammlung gewählt worden war und das er am 1. Juli 1969 angetreten hatte. Auf eine Wiederwahl hatte er verzichtet.

In seiner Ansprache in Rastatt sagte Heinemann: *"Hier und heute diese Erinnerungsstätte für Freiheitsbewegungen in unserer Geschichte eröffnen zu können, war für mich ein Ziel, um das ich mich während meiner ganzen Amtszeit bemüht habe."* In der Tat hatten seine entsprechenden Bemühungen gleich nach dem Amtsantritt begonnen. Erste Anregungen hatte er jedoch schon bald nach seiner Wahl gegeben, und der Grundgedanke ging noch viel weiter bis in seine jungen Jahre zurück.

Schon als zwanzigjähriger Student hatte er am 30. Dezember 1919, nur wenige Wochen nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und während der Weihnachtsferien in seinem ersten Semester, in sein Tagebuch geschrieben: *"Besonders gerne beschäftige ich mich mit der 48er Revolution. Ich stöbere Zeitungen u. Flugblätter aus dieser Zeit durch. Auch habe ich von Großmutter Walter einige Briefe von 2 Brüdern meines Urgroßvaters Walter bekommen. Der eine, Karl Walter, schreibt verwundet aus dem Lazarett; im Gefecht bei Waghäusel bekam er einen Beinschuß und starb alsbald danach. Der andere, Friedrich Walter, berichtet von seiner Auswanderung nach Amerika - er fühlte sich nicht mehr sicher in seinem Vaterland - und erzählt, wie ihn deutsche Landsleute unterstützt hätten, weil er für die Freiheit gefochten hätte."*

Dann machte Heinemann einen Absatz und schrieb: *"Für Einheit und Freiheit, für Republik und Demokratie! Ich werde an Euch denken!"* Die Annahme ist berechtigt, daß Heinemann seitdem niemals aufhörte, an seine beiden Vorfahren und an die Ideale der Revolution von 1848/49 zu denken. In einem gewissen Sinne war ihm dies sozusagen schon in die Wiege gelegt worden. Denn sein zweiter Vorname, den er später meist als W. abkürzte, war der Familienname jener Vorfahren, und er erhielt ihn, weil seine Großmutter die letzte Trägerin dieses Namens war, der jedoch erhalten bleiben sollte.

Karl Walter aus Elberfeld war einer der vielen Freiwilligen in der badischen Revolutionsarmee gewesen und am 21. September 1849 in Rastatt gestorben. Obwohl Heinemann den Ort in seinem Tagebuch nicht erwähnte, wird er ihm doch von Jugend an geläufig gewesen sein. Dennoch wäre es falsch, seine demokratischen Überzeugungen allein auf die Familientradition zurückzuführen. Eigene Entschlüsse kamen hinzu. Er trat bald für die Deutsche Demokratische Partei (DDP) ein, die sich auf die Ziele der Revolutionen von 1848 und 1849 berief. Heinemann hätte sich, zumal später, auch für eine andere Partei entscheiden können. Nach 1945 entschied er sich für die CDU, verließ sie 1952, gründete mit anderen im selben Jahr die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) und trat nach deren Auflösung 1957 in die SPD ein. Doch über die Parteiwechsel hinweg blieb er sein Leben lang ein linker Demokrat.

Als er zum Bundespräsidenten gewählt worden war griff er seinen Gedanken von 1919 sofort wieder auf. Schon in der Zeit zwischen seiner Wahl und seinem Amtsantritt sagte er einem Besucher am 17. April 1969, er wolle etwas für die Erinnerung an die Revolution von 1849 tun. Der Besucher, der zuvor nie mit ihm gesprochen hatte, war ich. Auf meine Frage, ob er nicht 1848 meine, erwiderte er mit Betonung, nein, er denke insonderheit an 1849. Dann, als er erfahren hatte, daß ich Historiker sei, entwickelte er mir alsbald seine Pläne.

Nach dem Amtsantritt stattete er den Bundesländern die üblichen Antrittsbesuche ab. Die Reihe begann am 18. Juli 1969 in Berlin und endete am 3. November in Baden-Württemberg. Dort benutzte er die Ansprache im Stuttgarter Landtag, um sein Anliegen erstmals in die Öffentlichkeit zu tragen. Er habe auf diesen Reisen, sagte er, viele Stadtgeschichten und Landkreisgeschichten "dediziert bekommen", und wem er sie einmal auf ihre Aussagen zum Stichwort "Bauernkrieg" ansähe, dann stöße er oft "auf eine erschütternde Dürftigkeit". Ähnliches gelte "für die 1848/49er Vorgänge". "Die Geschichte wird immer vom Sieger geschrieben." Dann folgte sein Appell:

"Ich möchte, daß der Städtetag oder der Landkreistag - ich weiß nicht, wer das beeinflussen könnte - darüber einmal nachdenkt, wie man das, was an solchen lokalen Begebenheiten in dieser unserer Geschichte steckt - und es steckt viel, viel mehr darin, als wir gemeinhin, annehmen -, deutlicher herauskommen läßt und etwas zeitgemäßer darstellt."

Der eigentliche programmatische Auftakt aber war seine Rede im Bremer Rathaus am 13. Februar 1970, die in diesem Katalog wieder abgedruckt ist. Der Anlaß war die Schaffermahlzeit, die nach der Überlieferung schon seit 425 Jahren stattfand. Es lag daher nahe, daß Heinemann von Traditionen sprach. Es gehe dabei aber nicht um die Frage: "Tradition ja oder nein? Sondern darum, "an welche Tradition angeknüpft werden soll". Er denke seit Jahren daran, "was es in den verschiedenen Landschaften unseres Vaterlandes an freiheitlichen Regungen" gegeben habe, und sein Interesse gelte besonders "den Vorläufern und örtlichen Verästelungen der Revolution von 1848/49 wie etwa dem Hambacher Fest von 1832 oder den Kämpfen auf den Barrikaden in Elberfeld oder um Rastatt im badischen Aufstand 1849". Erneut tadelte er die Vernachlässigung dieser Vorgänge und forderte, ein freiheitlich-demokratisches Deutschland müsse auch seine freiheitlich-demokratischen Traditionen pflegen. Es sei Zeit, daß es "unsere Geschichte bis in die Schulbücher hinein anders schreibt".

Das stieß nicht überall auf Zustimmung. Kritik wurde auch in den folgenden Jahren laut, so daß Heinemann später in seiner Rastatter Rede bemerkte: "Der Bundespräsident ist nicht der Geschichtslehrer der Nation. Dabei waren politische Einwirkungsversuche auf das Geschichtsbild der Öffentlichkeit wahrlich nicht neu, auch nicht nach dem Ende der Nazi Herrschaft. Schon 1948 war an vielen Orten und auf mancherlei Weise an die Revolution vor hundert Jahren erinnert worden, und Theodor Heuss, der erste Bundespräsident, hatte diese Tradition, aus der er selbst kam, vielfach beschworen.

Während Heinemann daran anknüpfte, setzte er doch andere Akzente. Er wußte sehr wohl zu unterscheiden zwischen den liberalen und nationalen Bestrebungen der Paulskirche von 1848 und den demokratischen, auch den sozial-demokratischen Idealen, für die zumal in der Badischen Revolution von 1849 gekämpft worden war. Daß die deutsche Demokratie im allgemeinen und das gleiche Wahlrecht im besonderen Wurzeln im eigenen Lande hatten und nicht etwa, wie damals oft gesagt wurde, aus dem Ausland importiert oder von den Siegermächten auferlegt worden waren, das wollte Heinemann ins öffentliche Bewußtsein rufen.

Dabei war noch ganz offen, wie das geschehen konnte, ob durch ein Denkmal, ein Museum, eine Begegnungsstätte oder was immer. Sicher war nur, daß man einen symbolischen Ort brauchte. Heinemann begab sich auf Reisen. Das hatte auch den Vorteil, da Reisen von Bundespräsidenten von der Öffentlichkeit und den Medien wahrgenommen werden, daß für den Plan Aufmerksamkeit geweckt wurde. Am 20. April 1970 besuchte Heinemann das Hambacher Schloß, wo 1832 die große, in der Bremer Rede erwähnte, demokratische Volksversammlung stattgefunden hatte, und Kirchheimbolanden, wo es ein kleines Museum zur Erinnerung an die 1849 dort gefallenen Revolutionäre gab.

Danach schrieb Heinemann in einem persönlichen Brief vom 19. Juni: "Was mir überhaupt vorschwebt, ist, eine geschichtsträchtige und zugleich symbolträchtige Stätte ausfindig zu machen, an der alles das, was nicht Paulskirche ist, angemessen dargestellt werden kann, natürlich in jedem Fall pars pro toto. Bevorzugen würde ich persönlich eine Stätte außerhalb

einer Großstadt wie etwa Frankfurt, also eine Örtlichkeit, die zumal von Jugendgruppen auf deren Wanderfahrten oder Jugendtreffen gern besucht werden würde. Von daher steht für mich Hambach sehr in Erwägung. Ehe wir uns aber fixieren, möchte ich sonderlich Rastatt kennenlernen oder vielleicht auch noch andere Orte. Natürlich liegt es nahe, in der Stätte, auf die wir zugehen würden, eine ständige Darstellung geschichtlicher Vorgänge bereit zu halten, wobei es sich nicht unbedingt um ein regelrechtes Museum handeln müßte."

Am 21. September 1970 wurde die Reise nach Rastatt unternommen. Nach der Begrüßung im Rathaus und einigen Besichtigungen begab sich Heinemann zu dem 1899 errichteten Denkmal auf dem Alten Friedhof, das die Namen der nach der Niederwerfung der Revolution standrechtlich Erschossenen verzeichnet, und legte dort ein Blumengebinde nieder. Es war eine bewegende Szene. Erstmals erwies ein deutsches Staatsoberhaupt den Opfern dieser Freiheitsbewegung die Ehre.

Für den Abend war ein, wie es im Programm des Bundespräsidialamtes hieß, "privates" Gespräch mit zwei Historikern vorgesehen (der andere war Werner Conze). Es fand im Hotel "Blume" statt. Dabei fiel bereits die Entscheidung. Der gesuchte symbolische Ort sollte Rastatt sein. Hier sei, wie Heinemann sagte, für die Freiheit "Blut geflossen sei". Im Schloß, wo erst der Revolutionsrat und später das Standgericht getagt hatte, sollte eine Erinnerungsstätte untergebracht werden. Die weiteren noch beabsichtigten Reisen, unter anderem nach Heppenheim, entfielen.

Damit begannen die praktischen Vorbereitungen. Sie zogen sich sehr in die Länge. Auch der Bundespräsident ist nicht mächtig genug, ein solches Vorhaben einfach anzuordnen oder durchzusetzen. Es mußten mühevoll Verhandlungen geführt werden. Die Stadt Rastatt und ihr Oberbürgermeister Richard Kunze erkannten rasch die mancherlei Vorteile, die sich ergeben würden, und unterstützten den Plan nach Kräften. Das Schloß befand sich in einem beklagenswerten Verfall und mußte ohnehin restauriert werden. Nun eröffneten sich Aussichten auf die erforderlichen Mittel. Aber es gehörte nicht der Stadt, sondern dem Land Baden-Württemberg. In einem Flügel war zudem das Wehrgeschichtliche Museum untergebracht, das dem Bundesverteidigungsministerium unterstand.

Am 9. Mai 1972 kam es zu einer Besprechung zwischen Vertretern des Bundes, des Landes und der Stadt. Sie ergab, daß die Kosten für alle Baumaßnahmen auf fünf Millionen DM geschätzt wurden, von denen das Land jedoch nur 2,35 Millionen übernehmen wollte, so daß auf den Bund Kosten in Höhe von 2,65 Millionen zukommen würden. Am 2. August 1972 folgte ein Gespräch des Bundespräsidenten mit der baden-württembergischen Arbeits- und Sozialministerin Griesinger, die von Ministerpräsident Filbinger mit der Angelegenheit beauftragt worden war. Wiederum ergab sich, daß die Baumaßnahmen nur verwirklicht werden konnten, wenn der Finanzbeitrag des Bundes geklärt war. Doch nun standen die vorgezogenen Bundestagswahlen bevor, und die Bundesregierung sah sich vor diesem Termin zu einer Entscheidung nicht in der Lage. Die Wahlen fanden am 19. November 1972 statt.

Inzwischen hatte sich immerhin der Name "Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte" durchgesetzt. Ungeklärt war aber noch, wer die inhaltliche Ausgestaltung und die institutionelle Verantwortung übernehmen sollte. Da die Initiative vom Bundespräsidenten ausgegangen war, kam zuerst eine Bundesbehörde, etwa die Bundeszentrale für politische Bildung, in Betracht. Da das Bundesinnenministerium für die Aufstellung des Bedarfsplans zuständig war, lag es nahe, daß es sich an das ihm unterstehende Bundesarchiv wandte. Es stellte sich heraus, daß dort lebhaftes Interesse bestand, obwohl es sich eigentlich nicht um eine archivische Einrichtung handelte.

Im September 1973 lag ein erstes im Bundesarchiv erarbeitetes Konzept vor. Darüber lud Heinemann zu einer Besprechung ein, die am 5. November 1973 in der Villa Hammerschmidt stattfand. Ihr lag der "Entwurf einer Konzeption" des Bundesarchivs vom 22. Oktober 1973 zugrunde. Er wurde gründlich diskutiert. Es war klar, daß die Erinnerungsstätte zwar einen gewissen Schwerpunkt auf Rastatt und die Badische Revolution legen, aber auch die übrigen

Freiheitsbewegungen berücksichtigen sollte. Umstritten war hingegen, wie weit der Rahmen zu stecken war. Freiheit ist ja kein eindeutiger Begriff. Auch in Monarchien und Aristokratien sind immer einige frei. Es wurde eine gewisse Übereinstimmung darüber erzielt, daß zum Ausdruck kommen sollte, für welche gesellschaftlichen Gruppen und für welchen zahlenmäßigen Anteil der Bevölkerung Freiheiten erstrebt worden waren, und daß die Ausstellung den Freiheitsbewegungen um so mehr Aufmerksamkeit und Raum zuteil werden lassen sollte, je umfassender die von ihnen erstrebte Freiheit gemeint war.

Danach wurde von mir eine entsprechende Satzung entworfen. Am 12. Dezember 1973 schrieb mir Heinemann: "Die Arbeit am Satzungsentwurf schmort noch. Dergleichen geht hier alleweil langweilige Wege." Immerhin war jetzt bereits der 26. Juni 1974 als Tag der Eröffnung vorgemerkt. Heinemann begann mit den Vorarbeiten an seiner Rede. Das Bundesarchiv begann mit der Gestaltung der Ausstellung.

Weitere Verhandlungen zu Anfang 1974 ergaben, daß statt einer Satzung eine Organisationsverfügung des Bundesinnenministers an das Bundesarchiv ergehen sollte. Sie wurde am 27. Mai 1974 erlassen und enthielt die Grundsätze, die für die inhaltliche Gestaltung der Erinnerungsstätte und ihre Tätigkeit gelten sollten. Der Kernsatz lautete: "Im Mittelpunkt der ständigen Ausstellung soll die Geschichte der deutschen Freiheitsbewegungen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts unter Einbeziehung ihrer Vorgeschichte und ihrer Auswirkungen stehen." Wechselnde Sonderschauen sollten andere Ereignisse der Freiheitsbewegungen behandeln. "Alle Ausstellungen sollen die Freiheitsbewegungen in ihrem jeweiligen geschichtlichen Zusammenhang darstellen und verdeutlichen, welche gesellschaftlichen Gruppen die Bewegungen getragen haben und inwieweit sie auf allgemeine oder nur gruppenbezogene Freiheitsziele gerichtet waren."

Gustav W. Heinemann bewahrte der Erinnerungsstätte auch nach ihrer Eröffnung und nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Bundespräsidenten großes Interesse. Am 14. Oktober 1975 besuchte er erneut Rastatt. Danach wurde ein Kolloquium vorbereitet, auf dem ein Kreis von Fachleuten erörtern sollte, ob die Gründungsabsichten erfüllt wurden, wie die Erinnerungsstätte ergänzt und ausgebaut und wie ihre Wirkung in der Öffentlichkeit gesteigert werden könne. Heinemann stellte dafür ein Drittel des ihm von der Stadt Hamburg zugesprochenen Lessing-Preises zur Verfügung und wollte selbst an dem Kolloquium teilnehmen. Als es am 19. Juni 1976 stattfand, hatte er auf ärztliches Anraten auf die Reise nach Rastatt verzichten müssen. Er konnte nur noch ein Grußwort an die Teilnehmer richten. Darin schrieb er unter anderem:

"Es bleibt zu prüfen - und das wollen Sie heute tun -, wie die Erinnerungsstätte fortentwickelt, verlebendigt und damit einer noch breiteren Öffentlichkeit nahegebracht werden kann. Das stellt eine Reihe von Fragen, für die Sie zuständig sind. Ich könnte mir denken und möchte mir wünschen, daß dabei der Begriff der Freiheit im Mittelpunkt steht. Er ist ja keineswegs eindeutig, sondern seit je umstritten. Nicht alles, was sich als Freiheitsbewegung ausgab, verdient diesen Namen. mancherlei selbstsüchtige Sonderbestrebungen haben sich auf die Freiheit berufen, in Wirklichkeit aber ihren Eigennutz gemeint. Hier ist klar zu unterscheiden. Nach meinem Verständnis muß der Leitstern der Erinnerungsstätte die Freiheit für das ganze deutsche Volk in allen seinen Schichten und Gruppen sein, und ich lege Wert darauf, das Wort 'alle' besonders zu betonen. Dies zu veranschaulichen, ist eine ständige Aufgabe."

Das war sein letztes öffentliches Wort über Rastatt. Danach entwarf er einen Brief an den Bundesverteidigungsminister Georg Leber, in dem er die Forderung des Kolloquiums nach einem Ausbau der Erinnerungsstätte unterstützte und für die Überlassung einiger für das Wehrgeschichtliche Museum vorgesehener Räume plädierte. Heinemann konnte den Brief nicht mehr selbst unterschreiben. Am Morgen des 7. Juli 1976 bat er seinen Persönlichen Referenten, ihn abzuschicken. Am Abend desselben Tages starb er. Rastatt war ihm bis an sein Ende wichtig gewesen.